

V. KRISE UND GEWERKSCHAFTSPOLITIK IN ITALIEN

Anita Roemer

1.
Bei den italienischen Gewerkschaften konnte sich angesichts der Entwicklung des italienischen Kapitalismus nicht die Illusion von einer permanent voranschreitenden Prosperität verbreiten. Die Politik der italienischen Gewerkschaften ging – verglichen mit den DGB-Gewerkschaften – von ganz anderen Erfahrungen aus.

In diesem Zusammenhang kann nicht mehr als ein Abriß der Entwicklung gegeben werden, wie die Politik der italienischen Gewerkschaften unter dem Druck von Krisen und Arbeitslosigkeit zur kohärenten Klassenpolitik geworden ist, die tendenziell alle Belange der Lohnabhängigen umfaßt. Dabei soll in erster Linie herausgearbeitet werden, zu welchen Aktionsweisen eine Gewerkschaftsbewegung gegriffen hat, die immer von der kapitalistischen Normalität einer vom Stand der Akkumulationsbewegung bedingten manifesten industriellen Reservearmee bestimmt und für die die Situation der Vollbeschäftigung allenfalls ein Grenzfall war, der die Aktionsbedingungen besonders begünstigte. Dabei muß von der besonderen politischen Situation der italienischen Arbeiterbewegung – sie verfügte im Unterschied zur deutschen Arbeiterbewegung über die Erfahrung eines historischen Sieges im Widerstandskampf gegen den Faschismus – in diesem Zusammenhang abstrahiert werden, obwohl diese Erfahrungen zweifellos den Boden für die Politik der italienischen Gewerkschaftsbewegung zumindest in ihrer Mehrheit abgab. Allerdings war diese Erfahrung wesentlich auf die Arbeiterklasse im Norden Italiens konzentriert, die sich im Laufe der Nachkriegszeit in ihrer Zusammensetzung entscheidend veränderte; eine Tatsache, die teilweise die angedeutete Abstraktion legitimiert. Abgesehen wird auch von der Spaltung der Gewerkschaften in verschiedene politische Richtungen, die dadurch bedingt die Erfahrungen der Krise und Arbeitslosigkeit unterschiedlich verarbeiteten.

2.
Ein wesentliches Merkmal der ökonomischen Entwicklung Italiens ist die ungleichmäßige Entwicklung, die durch die Wechselwirkung zwischen hochindustrialisierten und unterentwickelten Zonen gekennzeichnet ist. Dieser Widerspruch ist geographisch am deutlichsten lokalisiert in dem Gegensatz Norden-Süden, beschränkt sich aber keinesfalls darauf. Die unterentwickelten und verarmten Gebiete sind auf das ganze Land verteilt und verdeutlichen diesen Widerspruch in aller Schärfe. Sie boten vor allem ein riesenhaftes Potential an Arbeitskräften, dessen Umfang in vollem Maß nur dann sichtbar wurde, wenn sich die Abzugskanäle öffneten und Teile sich in die industriellen Gebiete verlagerten. Für die Gewerkschaft stellte sich dadurch das Problem, daß die Arbeiterklasse fortgesetzt in Beschäftigte und Unbeschäftigte gespalten war und mittels der relativen Übervölkerung ein permanenter Druck auf die beschäftigte Arbeiterklasse ausgeübt werden konnte. Daraus ergab sich dringend

als eine Bedingung des Erfolgs des gewerkschaftlichen Kampfes die Notwendigkeit des Zusammenhalts zwischen Beschäftigten und Unbeschäftigten. Ein wesentlicher Teil der gewerkschaftlichen Strategie konzentrierte sich demgemäß auf den Kampf gegen die Unterentwicklung und Arbeitslosigkeit, für die Schaffung von Arbeitsplätzen und den Abbau der industriellen Reservearmee, um diese generelle Spaltung der Arbeiterklasse aufzuheben.

Die Ursache der Vergrößerung der relativen Übervölkerung, also der Entstehung und Aufblähung der industriellen Reservearmee in den 50er Jahren muß in der Auflösung und Umwälzung der traditionellen halbfeudalen Produktionsbeziehungen auf dem Land durch die breite Mechanisierung der Landwirtschaft gesehen werden. Denn die Einführung von Maschinerie in die Landwirtschaft wirkt im Gegensatz zu ähnlichen Prozessen in der Industrie „ohne Gegenstoß auf die ‚Überzähligmachung‘ der Arbeiter“ (1), d. h. ohne entgegensteuernde Tendenz zur Aufsaugung auch nur eines Teils der freigesetzten Arbeitskräfte.

Doch nicht nur die Mechanisierung der Landarbeit, sondern auch die sie bedingenden Veränderungsprozesse des Produktions- und Arbeitsprozesses in der Industrie trugen in den 50er Jahren zur Verbreitung der relativen Übervölkerung erheblich bei. Die betrieblichen Reorganisationsprozesse, die zunächst auf dem Wege der Arbeitsintensivierung auf die Steigerung der Produktivität zielten, machten ebenso eine Fülle von Arbeitern „überzählig“, wie die schwerpunktmäßig einsetzende Umwälzung der technologischen Basis in Teilen der Industrie durch die Einführung neuer Maschinerie in einer Anzahl von Großbetrieben, die zunächst nur zum Ersatz von Arbeitskräften führte und dadurch die relative Übervölkerung noch ausweitete. Dabei muß bedacht werden, daß die technologische Umwälzung der gesamten industriellen Basis schubartig stattfand und, um sich relativ „verspätet“ dem internationalen Niveau der hochindustrialisierten Staaten anzupassen, außerordentlich konzentriert und gewaltsam durchgeführt wurde. Im Unterschied zur BRD war dieser Technologieschub mit einem hohen Maß an Arbeitslosigkeit verbunden. Die Zahl der offiziell aufgeführten Arbeitslosen stieg von 1 860 109 auf 2 169 660 im Jahr 1956. Die inoffiziellen Zahlen lagen nach breitem Einverständnis weit darüber. Erst als sich die neuen technischen Verfahren auf breiter Stufenleiter durchsetzten und Ende der 50er Jahre die beschleunigte Akkumulation mit der Ausdehnung des Produktionsfeldes einherging, wurde die industrielle Reservearmee abgebaut. Doch im Unterschied zur BRD zog die beschleunigte Akkumulation in Italien nicht eine kontinuierliche Verbesserung der Lebensbedingungen nach sich und reichte nie hin, die gesamte industrielle Reservearmee in den Produktionsprozeß zu integrieren.

3.

Für die italienische Gewerkschaftsbewegung bedeutete diese Entwicklung, daß das Problem der Arbeitslosigkeit als entscheidendes Moment in die Ausarbeitung

1)

Karl Marx, Kapital, Bd. 1 (MEW 23), Berlin 1962, S. 527.

gewerkschaftspolitischer Maßnahmen eingehen mußte. Deshalb wurde auch die relative Beseitigung der industriellen Reservearmee zwischen 1959 und 1963 von den italienischen Gewerkschaften keinesfalls als eine dauerhafte Ausgangslage für ihre Politik begriffen. Im Gegenteil herrschte zu dieser Zeit in Teilen der Gewerkschaftsbewegung das Bewußtsein, daß die Prosperitätsphase von kurzer Dauer sein würde, und die mit der relativen Vollbeschäftigung gegebene Situation eine günstige Ausgangsbasis für die gewerkschaftlichen Auseinandersetzungen und Kämpfe darstellte und eine wesentliche Legitimation für weitergehende Forderungen bot.

Obwohl der Zusammenhang von Rationalisierungsprozeß – Intensivierung der Arbeit – Dequalifikation – Arbeitsplatzunsicherheit und schließlich Arbeitslosigkeit innerhalb der Veränderungsprozesse der industriellen Basis deutlich wurde, hegten die Gewerkschaften durchaus noch Illusionen über die sozialen Möglichkeiten der Entwicklung der Produktionstechnik. Von dem „technischen Fortschritt“ wurde der „soziale Fortschritt“ erwartet. Diese Erwartungen drückten sich bei der größten Gewerkschaft, der CGIL, paradoxerweise in der Art aus, daß sie den „technischen Fortschritt“, als er eintrat, nicht einmal als solchen erkannte, sondern nur ausgehend von seinen unmittelbaren Wirkungen auf die Arbeitskraft als verschärfte Intensivierung der Arbeit, als „Überausbeutung“ (supersfruttamento) identifizierte. Verarbeitet wurde diese Erfahrung dann in folgender Weise: die technologische Entwicklung unter kapitalistischen Bedingungen folgt nicht der Rationalität der Arbeiterklasse, schlägt vielmehr gegen sie aus und kann gegen ihre gewerkschaftliche Organisation eingesetzt werden, wenn diese nicht organisatorisch darauf vorbereitet ist. Die Konsequenz, die die italienische Gewerkschaftsbewegung daraus zog, bestand in einer erheblichen Konzentration auf den Produktions- und Arbeitsprozeß, an dem die Arbeits- und Lebensbedingungen der Lohnabhängigen in erster Linie entschieden werden; allerdings resultierte daraus keine trade-unionistische Orientierung, die vielmehr explizit abgelehnt wurde, da sich die italienische Gewerkschaftsbewegung wegen ihrer Herkunft aus dem antifaschistischen Widerstandskampf stets als politischer Syndikalismus verstand.

4.

Auf die Umrüstungen und Rationalisierungen in der ersten Hälfte der 50er Jahre und deren Wirkungen auf die Lohnabhängigen entwickelte die CGIL im wesentlichen 3 Antworten, während die anderen beiden Gewerkschaften, die sozialdemokratisch und katholisch orientierte, kein auf die Arbeitslosigkeit bezogenes Konzept besaßen und die Aktionen der CGIL dementsprechend ablehnten:

(1.) Der „sciopero a rovescio“, d. h. der „umgekehrte Streik“, die italienische Version des englischen „work-in“, war die offensive Aktion bei Stilllegung von Betrieben. Der Betrieb wurde übernommen und unter Führung der Arbeiter fortgeführt. Stellenweise konnten auf diese Weise mit staatlicher Unterstützung – vor allem auch auf Betreiben der Parteien der Arbeiterbewegung – Großbetriebe gehalten werden und damit die Arbeitsplätze erhalten bleiben. Entweder wurden sie dann unter staatlicher Beteiligung oder Übernahme weitergeführt oder die Stilllegung wurde rückgängig gemacht, stellenweise allerdings auch nur verschoben. Klein-

und Mittelbetriebe konnten auf diese Weise zu Genossenschaften umgewandelt werden. In den Großbetrieben aber war der „umgekehrte Streik“ als offensive Aktion insgesamt eine relativ vereinzelte Maßnahme.

(2.) Die defensive Maßnahme der Besetzung des Betriebs, wenn die Zahl der Arbeitskräfte durch Massenentlassungen reduziert werden sollte, war in den Industriezentren eine nicht seltene Aktion. Besonders zu Beginn der 50er Jahre wurden zahlreiche Großbetriebe von den Arbeitern besetzt und auf diese Weise ein erheblicher Teil der zu der Zeit alltäglichen Massenentlassungen wieder rückgängig gemacht und Arbeitsplätze erhalten.

(3.) Um die beschäftigten Arbeiter in ihren Kämpfen mit den Arbeitslosen zu verbinden, wurde das Konzept einer „alternativen Wirtschaftspolitik“, der „Arbeitsplan“ (Piano del lavoro, Strukturreformen) zur Erstellung von Arbeitsplätzen entwickelt. Zu seiner Konkretisierung und Durchsetzung wurden in vielen Schwerpunktbetrieben Produktionskonferenzen von den Arbeitern organisiert, auf denen alternative Investitions- und Produktionsprogramme vorgestellt und diskutiert wurden. Allerdings war dieses alternative Planungskonzept der schwächste Punkt innerhalb der Aktionsformen zur Abwehr der Arbeitslosigkeit, da ihm eine falsche Einschätzung des italienischen Kapitals zugrunde lag, das für unfähig gehalten wurde, aus sich heraus den „technischen Fortschritt“ voranzutreiben, d. h. die Industrieproduktion auf ein höheres technisches Niveau zu heben und dadurch die Produktivität der Arbeit zu steigern. So lag dem Arbeitsplan noch das schon beschriebene Verständnis von der für die Gesamtgesellschaft, also die Arbeiterklasse eingeschlossen, fortschrittlichen Funktion der Entwicklung der Maschinerie zugrunde, das sich wesentlich auch erklärt aus der Unterentwicklung Italiens als Problem für die Entwicklung der Klasse und Organisation. Diese Vorstellung prägte auch die Konzepte auf den Produktionskonferenzen, die teilweise den Produktionsprogrammen einzelner Konzerne durchaus entsprachen und von ihnen schnell eingeholt wurden, ohne daß sich die von der Gewerkschaft intendierte Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Lohnabhängigen daraus ergab oder die Arbeitslosigkeit unmittelbar aufgehoben wurde.

5.

In der zweiten Hälfte der 50er Jahre kam es zu einer stark beschleunigten Akkumulation des italienischen Kapitals. Die Abnahme der industriellen Reservearmee führte zu einer relativen „ökonomischen Stärke“ der Arbeiterklasse, da die relative „Vollbeschäftigung“ die Drohung mit dem Verlust des Arbeitsplatzes abstumpfte und zeitweise unwirksam machte. Doch bereits 1964 erfolgte eine mit zunehmender Arbeitslosigkeit einhergehende Krise. Durch Entlassungen wurden vor allem unqualifizierte Arbeitskräfte, Frauen und Jugendliche in die industrielle Reservearmee zurückgestoßen. Innerhalb der Klein- und Mittelindustrie, soweit sie nicht dem gleichzeitig ablaufenden Konzentrationsprozeß zum Opfer fiel, wurde die Produktivität der Arbeit einseitig durch arbeitsorganisatorische Straffungsmaßnahmen erhöht. Innerhalb der Großindustrie wurden neue halb- und vollautomatische Verfahren eingeführt, die ebenso mit einer arbeitsorganisatorischen Intensivierung

der Arbeit einhergingen. Beide Prozesse aber bewirkten die Reduktion der angewandten Arbeitskraft und vermehrten die relative Übervölkerung. Die erneute Vergrößerung der industriellen Reservearmee konnte zwar die Gewerkschaftsbewegung, die gerade in der Prosperitätsphase ihren ersten kurzen Aufschwung erfahren hatte, wiederum schwächen. Da die neu hervorgebrachte industrielle Reservearmee aber mehrheitlich aus Frauen und Jugendlichen bestand, wurde ihr Druck auf die Gewerkschaftsbewegung doch entscheidend abgeschwächt, da beide Gruppen nach gesellschaftlichem Einverständnis anderweitig – Familie, Ausbildungsstätten – integriert werden konnten.

Allerdings waren gewerkschaftspolitische Maßnahmen, wie sie in der ersten Hälfte der 50er Jahre zur Abwehr der Arbeitslosigkeit unternommen worden waren, in der Krise 1964–66 kaum durchsetzbar oder auch nur anvisierbar, da die Gewerkschaftsbewegung zutiefst gespalten war, trotz zeitweiliger Aktionseinheit auf Betriebs- und Ortsebene. Die gemeinsamen Aktionen beschränkten sich darauf, die Verletzungen der im Tarifvertrag festgelegten Vereinbarungen durch die Unternehmen zu verhindern.

Aus den Erfahrungen in dieser Periode, daß die Arbeiterklasse „die Krise bezahlen mußte“, wie es sich in der Formulierung der Gewerkschaften niederschlug, hatte sich in der Gewerkschaftsbewegung mehr und mehr das Bewußtsein der Abhängigkeit der Gewerkschaftspolitik von den betrieblichen Machtverhältnissen geschärft mit der Konsequenz, daß die industrielle Reservearmee in der betrieblichen Ohnmachtssituation sehr viel stärker ihren Druck ausüben kann, in der betrieblichen Machtsituation aber ihre Funktion eingeschränkt ist und damit auch die Konkurrenz zwischen den Arbeitern, den Beschäftigten und Unbeschäftigten reduziert und auf diese Weise die Einheit der Arbeiterklasse wirksamer hergestellt werden kann. Für die Gewerkschaften ergab sich daraus, daß sie in erster Linie um eine stark verzweigte Organisation im Betrieb kämpfen mußten. Diese Forderung wurde dann in der Tat einer der wesentlichen Forderungen in der Tarifrunde der Metallgewerkschaften 1965/66 und anschließend auch der anderen Einzelgewerkschaften. Die Lohnforderungen wurden – allerdings notwendigerweise in der Krisensituation, da die organisatorischen Instrumente zu ihrer Durchsetzung fehlten – zurückgesteckt zugunsten von Forderungen zur Erweiterung des organisatorischen Machtbereichs der Gewerkschaft, d. h. die Stärkung der betrieblichen Organisation als Alternative war direkt eine Konsequenz der Krisenerfahrungen der Gewerkschaften.

Dabei wurden die organisatorischen Forderungen mit konkreten Konzepten der betriebsnahen Tarifpolitik und deren Durchsetzung verknüpft, so daß die Forderungen nach organisatorischer Stärkung der Gewerkschaft den kämpfenden Arbeitern in den Betrieben als eine Erweiterung ihrer eigenen Verhandlungsmacht im Betrieb einsichtig wurden. So wurde etwa die Forderung nach Einrichtung von Technisch-Paritätischen Komitees im Betrieb mit der Forderung nach dem Verhandlungsrecht für Probleme der Bandarbeit bei technischen Veränderungen, nach Untersuchung und Abschaffung der Gefahrenquellen am Arbeitsplatz und nach Eingriffsrecht der Gewerkschaft in schon vorhandene und in Zukunft

einzurichtende Akkordsysteme verbunden. In der Tat haben die Technisch-Paritätischen Komitees sehr wenig funktioniert, da sie nur als Ersatzorgan für eine gewerkschaftliche Organisation zur Realisierung der betriebsnahen Tarifpolitik fungieren konnten, auf die sie sich als Komitee hätten stützen müssen. Und diese Organisationsform zur Entfaltung der gewerkschaftlichen Macht im Betrieb konnte unter den in den 60er Jahren bestehenden Bedingungen und Kräfteverhältnissen noch nicht verwirklicht werden. Sie mußte vages Konzept bleiben. Die wesentliche Bedeutung der Technisch-Paritätischen Komitees bestand eher darin, ein Bewußtsein über die Eingriffsmöglichkeiten der Gewerkschaft in Fragen der Arbeitsorganisation zu entwickeln, die gerade in den Jahren der erneuten Rationalisierungsprozesse zu einem entscheidenden Problem geworden war, und die Erarbeitung von konkreten Konzepten zu beschleunigen.

Schließlich bleibt festzuhalten, daß sich in der Krise von 1964–66 die Vorgehensweise der Gewerkschaften herausbildete, in Krisenzeiten Forderungen organisatorischer oder qualitativer Art zu stellen, die nicht mit dem Argument der Krise – Lohnerhöhungen – seitens des Kapitals abgewiegelt werden konnten; propagandistische Forderungen, zu deren Durchsetzung die Instrumente nicht angegeben werden konnten, wurden abgelehnt. Es mußten realisierbare Forderungen sein, die den Gewerkschaften einen Zuwachs an Verhandlungsmacht im Betrieb und den betroffenen und kämpfenden Arbeitern Verbesserungen der Arbeits- und Lebensbedingungen gaben. Gewerkschaftlich organisatorische Forderungen waren so stets mit inhaltlichen Forderungen für die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen verkoppelt, die Ergebnisse sollten die Betroffenen aus ihrem Erfahrungsbereich selber einschätzen und messen können. Schließlich handelte es sich um perspektivische Forderungen, die nur im strategischen Zusammenhang mit ergänzenden Forderungen den erwünschten Fortschritt brachten.

Im Verlauf des Lern- und Erfahrungsprozesses stellte sich die konfliktorische Praxis der italienischen Gewerkschaften zunehmend innerhalb der Auseinandersetzungen in den Zusammenhang perspektivischer Vorstellungen zur Entfaltung des Machteinflusses der Lohnabhängigen, woraus sich auch das Konzept der Gewerkschaftskontrolle über die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Lohnabhängigen entwickelte.

Allerdings lief der Lernprozeß der italienischen Gewerkschaften keinesfalls so bruchlos ab, wie es aus dieser Skizzierung erscheinen mag. Zwar wurde auf breiter Basis in den Krisen die Erfahrung gemacht, daß der technische Fortschritt vor allem Arbeitskräfte überflüssig machte, daß er die Arbeitskräfte dequalifizierte und die Lebensbedingungen verunsicherte. Auf der anderen Seite aber gelang es einigen großen Unternehmen – vor allem FIAT – durch ihre spezifische paternalistische Sozial- und Lohnpolitik das Bewußtsein zu vermitteln: wenn die Unternehmer nur Gewinne machen, geht es uns auch gut. Die FIAT-Arbeiter schlossen sich auf der Grundlage dieses Bewußtseins jahrelang von den gewerkschaftlichen Kämpfen aus. Daher führte der Rationalisierungsprozeß in der Krise 1964–1966 mit seinen Folgeerscheinungen der Arbeitslosigkeit, der Arbeitsintensivierung, der Lohnkürzungen und der Ohnmacht der Arbeiter gegenüber diesen Vorgängen aufgrund des

Mangels einer relativ kontinuierlichen Gewerkschaftsentwicklung in den FIAT-Werken schließlich zu der explosiven Entwicklung, die zu den spektakulären Erscheinungen der Auseinandersetzungen im „Heißen Herbst“ gehörte und vorrangig von den Linken in der BRD rezipiert wurde. Gerade während der Kämpfe in den FIAT-Werken wurde dann die Erfahrung aus der Krise 1964–1966 reflektiert, mit dem Ergebnis, daß die wesentliche Grundlage einer erfolgreichen Gewerkschaftspolitik die Aufhebung der Konkurrenz zwischen den Arbeitern ist und daß die strategischen Vorstellungen von dieser Basis aus formuliert werden müssen.

6.

Nach den heftigen Klassenkämpfen Ende der 60er Jahre, die auf die Prozesse der Rationalisierung und der Intensivierung der Arbeit reagierten, die insgesamt ohne abwehrende Eingriffe der Gewerkschaften abgelaufen waren, verfügten die Gewerkschaften in der Krise, die ab 1971 einsetzte, über ein umfangreiches organisatorisches Instrumentarium und dazu über eine sich mehr und mehr entwickelnde Strategie mit einem Ensemble aufeinander bezogener Forderungen, die im Zusammenhang von betriebsnaher und zentraler Tarifpolitik entfaltet wurden.

Angesichts der organisatorischen Stärke der italienischen Gewerkschaften konnte die sich verbreiternde industrielle Reservearmee nicht mehr direkt gegen die gewerkschaftlichen Kämpfe eingesetzt werden, wohl aber ihre Positionen in einzelnen Kämpfen wie in Lohnauseinandersetzungen schwächen. In der Tat konnten in der betriebsnahen Tarifpolitik dieser Jahre nur bescheidene Lohnerhöhungen durchgesetzt werden; und die krisenspezifische Forderung nach einem Mindestlohniveau bei Kurzarbeit konnte insgesamt in nur 7 von 543 Abkommen im Jahr 1972 durchgesetzt werden.

Allerdings treffen die gewerkschaftlichen Kämpfe dieser Jahre auf eine breite politische Offensive der Reaktion, die darauf abzielten, die Gewerkschaftsbewegung an den entscheidenden Punkten zu schwächen, vor allem ihre kämpferischsten und fortgeschrittensten Teile, die Metallgewerkschaften. Durch eine breite Einheitsbewegung konnte diese Offensive abgewehrt werden. Dabei verschob sich (wie 1965/66) innerhalb des Ensembles der vielfältigen Verhandlungsgegenstände der italienischen Gewerkschaftsbewegung das Gewicht der gewerkschaftlichen Politik auf den Komplex qualitativer Forderungen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen einerseits und zur Verschiebung des Machtverhältnisses in den Betrieben andererseits. (2) Der Vorteil der Formulierung qualitativer Forderungen lag auch in der taktischen Möglichkeit, offensiv auf den Angriff des Kapitals und der politischen Reaktion zu antworten, was im Bereich der Lohnpolitik entsprechend dem Kräfteverhältnis nicht möglich war. Der offensive Charakter der qualitativen Forderungen war vor allem auch dadurch begründet, daß diese für die Betroffenen einsehbar in einem strategischen Zusammenhang standen, der im Verlauf der

2)

Vgl. Detlev Albers, Abriss der sozialen und politischen Entwicklung in Italien, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, F. Jhr. 20, Heft 1 (1975), S. 72 ff.

organisatorischen Demokratisierung der Gewerkschaften von ihnen selbst ausgearbeitet wurde und in den gewerkschaftlichen Auseinandersetzungen weiterentwickelt wird.

Die qualitativen Forderungen, die innerhalb der betriebsnahen Tarifpolitik und den zentralen Tarifverhandlungen gestellt wurden, bezogen sich im wesentlichen auf die betriebliche Arbeitsorganisation, auf das Qualifikations- und Lohnsystem. (3) Insgesamt zielten sie auf 1. Vereinfachung und größere Durchschaubarkeit des Lohnsystems, 2. auf die Abschaffung spalterischer Differenzierungen, 3. Reduktion der Lohnstufen, 4. auf substantielle Verbesserung der Arbeitsbedingungen mit der strikten Ablehnung kompensatorischer Lohnerhöhungen („Monetisierung“) und 5. auf Möglichkeiten beruflicher Weiterbildung, die im Zusammenhang mit der Veränderung des Schulsystems steht. Die 1973 tarifvertraglich durchgesetzte einheitliche Einstufung von Arbeitern und Angestellten synthetisiert diese Ziele (4), denn sie bedeutet in ihrer Zielsetzung keinesfalls nur eine vereinheitlichte und vereinfachte Lohn- und Gehaltseinstufung, sondern zielt vor allem auch auf die Veränderung des Qualifikationssystems im Betrieb. Inhaltlich flankiert wurde sie daher auch von der durchgesetzten Forderung nach 150 Stunden Freistellung für die berufliche Fortbildung für jeden Arbeiter und Angestellten im Tarifzeitraum, woraus sich eine Kampagne entwickelt hat, die zum Ziel hat, das Schulsystem mit seinem hierarchisierenden Ausleseverfahren zu verändern.

Doch war die Bewährungsprobe der organisatorischen Stärke der Gewerkschaft 1971–1973 vergleichsweise gering, wenn man sich die Bedingungen vor Augen hält, die sich in der Zwischenzeit entwickelt haben.

7.

Von der gegenwärtigen allgemeinen Krise ist Italien stärker als die BRD betroffen; es kommt verschärfend hinzu, daß die Industriestruktur sehr viel weniger entwickelt ist und der Akkumulationsprozeß nie die industrielle Reservearmee zu absorbieren vermochte. Einige Daten mögen das Ausmaß der Krise verdeutlichen: Die Industrieproduktion in Italien fiel zwischen Oktober und Februar (1974–75) folgendermaßen: im Oktober gegenüber dem Vorjahr um 11 %, im November und Dezember um 12 %, im Januar um 14 % und im Februar noch einmal um 7 %. Der Abwärtstrend hielt im Laufe des Jahres 1975 weiter an. Nach Aussage der Gewerkschaften ist das ein Rückgang, der selbst unter den periodischen Krisen der Nachkriegszeit kaum eine Entsprechung findet. (5) In diesem Zusammenhang hat sich die ständige industrielle Reservearmee wieder außerordentlich erweitert und sich seit der Krise 1964–1966 zum ersten Mal wieder als eine Bedingung zur effektiven Schwächung der Gewerkschaftsbewegung dargestellt. Allein die offiziell-

3) Ebenda, S. 82 f.

4) Ebenda, S. 83.

5) Siehe „investimenti e occupazione, una strategia contro la recessione e la crisi“, in: Sonderheft Rassegna sindacale, Conquiste del lavoro, Lavoro italiano, zum 1. Mai 1975, S. 14.

len Zahlen der Arbeitslosigkeit betragen – nach Zahlen des Arbeitsministers – 1 200 000 Anfang 1975 und haben sich bislang nicht reduziert. Die Kurzarbeiter betragen im selben Zeitraum mehr als 600 000 und haben sich in der Zwischenzeit noch erhöht. Die Abkommen zwischen den Gewerkschaften und den verschiedenen Konzernen über Neuinvestitionen zur Erstellung neuer Arbeitsplätze konnten von den Unternehmen unter diesen Bedingungen völlig ignoriert werden. Allerdings sagen die Zahlen dieser offiziell anerkannten industriellen Reservearmee noch wenig aus über die realen Ausmaße der relativen Übervölkerung. So ist der Anteil der Arbeitsbevölkerung an der gesamten Bevölkerung in Italien besonders gering und schrumpft bereits kontinuierlich seit den 60er Jahren. Von 54 Millionen sind überhaupt nur 19 Millionen beschäftigt, das sind 33 % der gesamten Bevölkerung; die entsprechende Prozentziffer für die BRD liegt bei 45 %. Dabei liegt der Anteil der Arbeitsbevölkerung im Norden Italiens noch relativ günstig bei 42 %, während er im Süden durchschnittlich die 30 % Grenze weit unterschritten hat.

Zur weiteren Auffüllung der industriellen Reservearmee werden zusätzlich noch die zurückkehrenden emigrierten Arbeiter beitragen, weil die Emigrationsländer wie die BRD die eigenen Beschäftigungsprobleme durch Abschieben der ausländischen Arbeiter zunächst einmal zu entschärfen versuchen. Es muß also mit der Rückkehr eines beträchtlichen Teils der 7 Millionen Emigranten gerechnet werden – 1 Million wird hierbei als Zahl angesetzt.

Zu einer Gesamteinschätzung muß noch berücksichtigt werden, daß die Industriebeschäftigung seit Jahren bei etwa 7–8 Millionen stagniert und tendenziell eben seit 1964 eher zurückgegangen ist. Zusätzlich hat sich innerhalb der Landwirtschaft ein weiterer Schrumpfungsprozeß vollzogen, so daß nur noch gut 3 Millionen in der Landwirtschaft beschäftigt sind. Damit ist nach dem ersten großen Schrumpfungsprozeß während der 50er Jahre in den vergangenen 10 Jahren die Anzahl der Beschäftigten in der Landwirtschaft noch einmal um die Hälfte abgesunken.

Allein 1973 sind 300 000 Arbeitskräfte aus der Landwirtschaft in die Industriestädte abgewandert (6). Lediglich die Beschäftigung im Sektor der privaten wie öffentlichen Dienstleistungen hat zugenommen. Dieser Sektor ist bereits dergestalt aufgebläht, daß gegenwärtig in diesem Bereich mit 7,5 Millionen abhängig und selbständig Beschäftigten nahezu so viele wie in der Industrie beschäftigt sind.

Als ein in diesem Zusammenhang wichtiges Problem für die Gewerkschaften stellt sich in einigen Industriebranchen die Tendenz zum Übergang zu Formen der Heimarbeit. Vor allem die Textil-, Bekleidungs- und Schuhindustrie hat Teile der Produktion in Heimarbeit ausgelagert, so daß schätzungsweise rund 1,7 Millionen Arbeitskräfte unter miserablen Bedingungen mit Eigenverantwortung für Anschaffung und Wartung der notwendigen Maschinen völlig isoliert voneinander zu Hause arbeiten, so daß es für die Gewerkschaften außerordentlich schwierig ist, die Reproduktions- und Arbeitsbedingungen auch nur minimal zu kontrollieren. Zu

6) Vgl. Handelsblatt vom 19.3.1975.

80–90 % sind nach Schätzungen Frauen in der Heimarbeit tätig, die für ihre Arbeitskraft nur Hungerlöhne erhalten; außerdem sparen die Unternehmen noch zusätzlich eine Fülle von Sozialkosten ein. Denn Kampfmaßnahmen sind in diesem Bereich außerordentlich schwierig zu organisieren.

Daraus wird ersichtlich, daß die Arbeiterbewegung unter den aktuellen Krisenbedingungen noch verschärft mit der Gefahr konfrontiert ist, daß sich die Lohnabhängigen spalten durch die Zersplitterung der Beschäftigten in Groß-, Klein- und Mittelbetriebe, in Heimarbeiter, in Beschäftigte und Unbeschäftigte, die aller unterschiedlich durch die Krise bedroht sind und dementsprechend in ihrer bisher relativ entwickelten Einheit aufgebrochen werden können.

In der Tat zielte die politische Strategie des Kapitals unter Ausnutzung der Krisenbedingungen darauf hin, die gewerkschaftliche Organisation teilweise zu zerschlagen und damit zu schwächen, um zunächst auf diese Weise wieder die absolute Verfügungsgewalt über die Anwendung der Arbeitskraft zurückzugewinnen. So konstatieren die Gewerkschaften, daß das Kapital auf breiter Front den Versuch macht, an den Arbeitsplätzen ebenso wie im sozialen Bereich die alten „Machtgleichgewichte“ (7), die durch die Klassenkämpfe in den letzten Jahren erschüttert und verschoben worden sind, wieder zurückzurücken und zwar mit dem Plan, „die Gewerkschaft in die enge und subalterne Rolle reiner und simpler Lohnverhandlungen einzugrenzen, um ihr wieder zu entziehen, was sie in den vergangenen Jahren an demokratischer Beteiligung und Vereinigung erobert hat; an großer Kraft, die mit Zustimmung und Unterstützung durch die Kämpfe der Arbeiter für eine radikale demokratische Veränderung der Gesellschaft, für die Schaffung neuer effektiver Instanzen der breiten demokratischen Beteiligung der Lohnabhängigen eingesetzt wird, um die Befriedigung grundlegender und elementarer ziviler Bedürfnisse zu garantieren.“ (8)

Die beiden wesentlichen Momente, auf die sich die Strategie des Kapitals zur Schwächung der Gewerkschaften und der Arbeiterbewegung stützte, waren einmal die Arbeitslosigkeit zur Spaltung der Gewerkschaftsbewegung und zum anderen der breite Rationalisierungsprozeß, der die Bedingung dafür bot mit seinen Wirkungen auf die Arbeitsorganisation im Betrieb, die Grundstruktur der gewerkschaftlichen Organisation, das Delegiertensystem, zu zerstören oder zumindest so weit zu schwächen, daß die Gewerkschaften weigehend handlungsunfähig werden sollten und dadurch der Spaltung der Lohnabhängigen keine gewerkschaftliche Organisation im Wege stand.

War die Arbeitslosigkeit ein Problem, dem die Gewerkschaft Forderungs- und Kampfprogramme aus ihren Erfahrungen noch entgegensetzen konnte – so ungenügend diese auch sein mögen in ihren effektiven Wirkungen –, so zielten die Maßnahmen des Kapitals im Zusammenhang der Rationalisierungsprozesse mit Massenumsetzungen und Entlassungen darauf, die eben erst als Resultat der

7) Investimenti . . . , a.a.O., S. 15.

8) Ebenda.

historischen Erfahrungen entwickelte gewerkschaftliche Organisation im Betrieb und damit die gewerkschaftlichen Instrumente zur Durchsetzung der Abwehrmaßnahmen gegen die Krise und die damit einhergehende Arbeitslosigkeit zu zerschlagen. Das Kapital suchte so, die freie und ungehinderte Verfügungsgewalt über die Anwendung der Arbeitskraft zurückzugewinnen.

In der Tat stellten sich die arbeitsorganisatorischen Veränderungen den Gewerkschaften als ein gravierendes und die gewerkschaftliche Reaktion lähmendes Problem, zumal sie sich teilweise als arbeitsorganisatorisches Zugeständnis an die Forderungen der Gewerkschaften nach Veränderung der betrieblichen Arbeitsorganisation gaben. Am deutlichsten hat sich dieses Problem im FIAT-Konzern gestellt, der für die italienische Gewerkschaftsbewegung mit seinen besonderen Bedingungen immer wieder der Eck- und Prüfstein ihrer Politik wie Organisation darstellt.

Im Laufe der Krise der Automobilindustrie hatte FIAT durch Reorganisations- und Umstrukturierungsmaßnahmen innerhalb der Produktionsabteilungen in breitem Maße Versetzungen durchgeführt. Diese Maßnahmen produzierten weitgehend unter den Arbeitern Angst um ihren Arbeitsplatz und damit verstärkte Konkurrenz. Sie führten umso mehr zu ihrer Spaltung, als durch die Umsetzungsmaßnahmen die Grundlage der Delegiertenbewegung, die homogene zusammengehörende Arbeitsgruppe in der Abteilung oder in der Werkstatt, die sich seit Jahren kennt und die Gewerkschaftspolitik in ihrem Arbeitsplatz in vielen Kämpfen gemeinsam entwickelt hat, an zahlreichen Stellen zerstört und die Gewerkschaft auf diese Weise in ihren politischen Reaktionsmöglichkeiten organisatorisch gelähmt wurde. Dazu drohte der durch die Drohung mit dem Arbeitsplatz erzeugte Wille, sich dem vermehrten Arbeitsdruck zu beugen und damit die Intensiverungsmaßnahmen hinzunehmen, die Arbeiter in eine noch schwächere Position gegenüber dem Konzern zu bringen, da sie damit die durch die Krisenbedingungen verstärkte Konkurrenz als objektive Bedingung zunächst akzeptierten.

Hinzu kam noch eine weitere Spaltungsmöglichkeit für den Konzern. Nach den heftigen Kämpfen Ende der 60er Jahre gehörte es zur Strategie des Konzerns, die Produktion zu dezentralisieren, Teile der Produktion abzutrennen und in formell unabhängigen Zuliefererbetrieben produzieren zu lassen. Art und Ausmaß der dortigen Produktion hängt aber von der Hauptproduktion und den Hauptbetrieben ab. Da Organisation und Kampfkraft der Arbeiter in den Klein- und Mittelbetrieben geringer waren, konnten dort natürlich auch niedrigere Löhne gezahlt werden unter schlechteren Arbeitsbedingungen. Auf dem Boden dieser Dezentralisierung konnten die Beschäftigten der verschiedenen Betriebe in eine stärkere Konkurrenz untereinander getrieben und damit auch gespalten werden. Und diese Spaltungen der beschäftigten Arbeiter fanden zusätzlich auf dem Boden der Spaltung der gesamten Lohnabhängigen in Beschäftigte und Unbeschäftigte statt. „Die Konsequenz aller dieser Maßnahmen ist eine Verringerung des Beschäftigtenniveaus, eine noch weitergehende Parzellierung der Arbeit und Dequalifizierung und eine wesentliche allgemeine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen“, (9) notiert die Metallge-

9) FLM notizie, Bollettino settimanale di informazioni e notizie della Federazione

werkschaft zu diesen Versuchen FIATs.

8.

Entsprechend den Erfahrungen der italienischen Gewerkschaften stellte sich das Problem, eben an den Momenten der Krise anzugreifen, die die Arbeiterbewegung schwächten; und dabei standen sie vor der doppelten Aufgabe, sowohl die entwickelten „Machtgleichgewichte“ zu halten als auch die Arbeits- und Lebensbedingungen der Lohnabhängigen zu verteidigen.

Die Lage der Lohnabhängigen, die sich durch den Inflationsprozeß ungeheuer verschlechterte – erstmalig in der Nachkriegszeit kam es zu Reallohnsenkungen – war der erste und unmittelbare Ansatzpunkt für gewerkschaftliche Aktionen. Im Rückgriff auf die in der zweiten Hälfte der 40er Jahre als Abwehr gegen die reallohnsenkende Wirkung der hohen Inflationsrate gerichtete gleitende Lohnskala – scala mobile – versuchte die Gewerkschaft in einer breiten Kampagne Lohnerhöhungen zu erzielen. Dabei ging es vor allem um Lohnerhöhungen für die untersten Lohnstufen.

Das Abgehen von spezifischen und nach Möglichkeiten der Betriebe gegliederten Lohnforderungen war durch die „ökonomische Schwäche“ der Arbeiterklasse in der Krise begründet. Gleichzeitig bedeutete der Übergang zu allgemeinen alle Lohnabhängigen betreffenden Lohnforderungen, wie sie in dem Konzept der scala mobile zum Ausdruck kommen, eine stärkere Vereinheitlichung der sich mehr und mehr zersplitternden Kämpfe einzelner Arbeitergruppen und Belegschaften. Die Begründung der Lohnforderungen, die sich an den Reproduktionskosten für die Arbeitskraft orientierte, ging im Gegensatz zu den 40er und 50er Jahren von den egalitären Tendenzen des lohnpolitischen Ansatzes der italienischen Gewerkschaften aus und drängte dementsprechend auf die Vereinheitlichung der vormals nach Lohnhöhe und Region unterschiedenen Zuschlagspunkte, die nach der Bewegung der Inflationsrate ausgerechnet werden.

Der Rückgriff auf die scala mobile gewann seine Berechtigung vor allem aus der Schwäche der Gewerkschaftsbewegung, in der Krise ja nach betrieblichen Bedingungen gezielte Lohnerhöhungen zu erzielen wie auch aus der Forderung nach der Wiederherstellung der Einheit der Arbeiterklasse mittels vereinheitlichender Forderungen und eines gemeinsamen Kampfes gegen die Verschlechterung der Lebensbedingungen. In diesen Zusammenhang gehörte auch die Kampagne der Gewerkschaft nach Erhöhung der Mindestrenten und ihrer jeweiligen Bindung an die Lohnbewegung; ein Punkt, der auch wichtig wurde, wenn bei Reduktion einer Belegschaft ältere Arbeiter früher verrentet wurden.

Allerdings stellte sich im Laufe dieser Auseinandersetzungen heraus, daß mit dem Übergang zu allgemeinen Kampagnen für Ziele, die die verschiedenen Gruppen der Lohnabhängigen im Kampf miteinander verbinden sollten, die andere Aufgabe der Gewerkschaft, das Problem gewerkschaftlicher Macht im Betrieb nicht

vernachlässigt werden durfte. Die Einheit der Arbeiterklasse in der Krise wiederherzustellen ist nicht möglich, wenn abgesehen wird von dem Ausgangspunkt gewerkschaftlicher Machtentfaltung. Denn genau an diesem Punkt setzte die Schwächung der Gewerkschaftsbewegung durch die Rationalisierungsmaßnahmen mit ihren zahllosen Umsetzungen und Reorganisationsmaßnahmen an. Für die Gewerkschaft stellte sich daher die Notwendigkeit, Kontrollrechte gerade über diese Maßnahmen der Betriebe zu erlangen, um den Tendenzen zur Zerstörung der gewerkschaftlichen Grundorganisation – des Delegiertensystems – entgegensteuern zu können und gleichzeitig die breite Mobilisierung aufrechtzuerhalten. Trentin, einer der 3 Vorsitzenden der vereinigten Metallgewerkschaften, formulierte die Notwendigkeiten des gewerkschaftlichen Kampfes folgendermaßen: „Der globale Charakter der Auseinandersetzung muß aufrechterhalten werden. Die Gefahr, wieder in die Logik fragmentarischer und vereinzelter Forderungen zurückzufallen, die keinerlei globale und vereinheitlichende Richtung haben, ist heute sehr stark. Die Notwendigkeit besteht darin, auf alle Momente der Krise eine Antwort zu geben im Zusammenhang einer globalen strategischen Perspektive.“ (10)

Der Zusammenhang zwischen der globalen Stoßrichtung in der Auseinandersetzung und den verschiedenen Momenten der Krise, auf die eine Antwort gefunden werden mußte, kam ansatzweise in der Kampagne der Gewerkschaften zur Verhandlung über den Charakter der Institution der staatlichen Ausgleichskasse – der *cassa integrazione guadagni* – zum Ausdruck, die im Fall von Kurzarbeit eintritt, um Lohnausfälle zu kompensieren. Die Gewerkschaftsaktion zielte darauf ab, sie von ihrer bisherigen Funktion, Instrument der Sozialfürsorge zu sein, umzuwandeln zu einem geeigneten Instrument der Verteidigung der Löhne und Arbeitsbedingungen. Vor allem sollte verhindert werden, daß die Betriebe nach ihrem Belieben Kurzarbeit anmelden und in dem Zusammenhang dann durch Reorganisationsmaßnahmen die gewerkschaftliche Organisation im Betrieb zerstören konnten. Das Problem stellte sich für die Gewerkschaften folgendermaßen: „Zu den objektiven Gründen der Krise, die einige Groß- und Kleinbetriebe dazu zwingen, Kurzarbeit einzuführen, kommt ein Gebrauch der staatlichen Ausgleichskasse, . . . der dazu führt, daß die Gesellschaft die tiefgehenden Restrukturierungsprozesse finanziert, die in ihrem Inhalt gegen die Arbeiter gerichtet sind, die die Produktivität der Betriebe erhöhen, die die auf die homogene Arbeitsgruppe im Betrieb gegründete Organisation der Gewerkschaft in der Fabrik durch einen exzessiven Einsatz der Mobilität der Arbeitskräfte zerstören und darauf abzielen, die absolute und einseitige Kontrolle über die Anwendung der Arbeitskraft zurückzugewinnen.“ (11)

Um einen derartigen Einsatz der staatlichen Ausgleichskasse zu verhindern oder zumindest zu erschweren, sollten nach Absicht der Gewerkschaften die daran

10) Siehe „Crisi economica, quadro politico e movimento sindacale“, in: *I Consigli*, rivista mensile della FLM, Nr. 7–8, Sept./Okt. 1974, S. 20.

11) Siehe „Investimenti e occupazione . . .“, a.a.O., S. 16.

interessierten Betriebe stärker die finanziellen Lasten der Kurzarbeit übernehmen und gleichzeitig die Gewerkschaften zur Diskussion der Gründe und Folgen, die der damit zusammenhängenden Produktionsprogramme und betrieblichen Planung mitheranziehen, so daß diese eine wirksamere Kontrolle über Beschlüsse der Betriebe ausüben konnten.

Vor allem ging es bei der Kampagne über Kurzarbeit und staatliche Ausgleichskasse um eine möglichst hohe Lohngarantie für die Kurzarbeiter, zumal das Problem auch daher sehr wichtig war, weil in den Großbetrieben, in denen die Gewerkschaften stark organisiert sind, Massenentlassungen in der Regel nicht möglich sind und die Betriebsleitungen daher häufig zur Einführung von Kurzarbeit übergehen. Auch Versuche der italienischen Betriebe, durch Abfindungssummen Massenentlassungen als freiwilligen Akt der Arbeiter zu verfügen, haben die Gewerkschaften von Anfang an entschlossen bekämpft und verhindert.

Das Abkommen über die staatliche Ausgleichskasse beinhaltet also im Unterschied zu den reinen Lohnerhöhungen im Abkommen über die *scala mobile* den Zusammenhang von Lohnforderungen in Form von Lohngarantie und Kontrollrechten über die in der Krise ablaufenden Rationalisierungsprozesse. Von den Gewerkschaften wird das Abkommen folgendermaßen eingeschätzt: Damit „tritt die Gewerkschaft mit vollem Recht in die Reorganisation- und Restrukturierungsprozesse des Produktionsapparates ein, indem in beachtlichem Maße die Entscheidungsgewalt der einzelnen Betriebe beschränkt wird, oder besser, indem diese gefährliche Waffe, die den Betrieben Aktionsfreiheit über das Beschäftigungsniveau, über die Arbeitsbedingungen und über die Mobilität der Arbeitskraft gewährte, einer strikten Kontrolle unterzogen wird.“ (12)

Mag der Ton der Gewerkschaft hier ein wenig triumphalistisch klingen – an anderen Stellen werden die Ergebnisse noch insgesamt als bescheiden bewertet und darauf hingewiesen, daß das zentrale Problem der Arbeitsplätze und der Beschäftigung noch längst nicht gelöst sei – so bleibt doch festzuhalten, daß unter den Bedingungen der tiefgehenden Krise mit hoher Arbeitslosigkeit die Gewerkschaft imstande war, ihre Kontrollrechte in wichtigen Punkten zu erweitern; mußten die Betriebe den Gewerkschaften vorher ihre Entscheidung für Kurzarbeit nur mitteilen und sie nur unverbindlich konsultieren, so müssen jetzt die Probleme, die nur irgendeine Wirkung auf die Beschäftigten haben, den Gewerkschaften zu ihrer verbindlichen Einschätzung vorgelegt werden, wie Investitionen, Maßnahmen, die die Entwicklung der Beschäftigung betreffen, Modalitäten und Verteilung der Einführung von Kurzarbeit, Kriterien der Rotation der Arbeitskraft, Initiativen zur beruflichen Qualifikation, Verteidigung der Lohnbedingungen etc. (13). Der garantierte Lohn bei Kurzarbeit beträgt 80 % des Bruttolohns und 90–92 % des Nettolohns.

- 12) Siehe „Contingenza e salario garantito, una lotta vincente per la difesa dei bassi redditi“, in: *Rassegna sindacale* etc. Sonderheft vom 1.5.1975, S. 13.
13) Siehe „Contingenza e salario garantito . . .“, a.a.O., S. 13.

Es ist allerdings nicht von der Hand zu weisen, daß die „Zugeständnisse“ der Unternehmer an Kontrollforderungen der Gewerkschaft, die in der Regel allerdings in harten Kämpfen durchgesetzt werden, in einem bestimmten intendierten strategischen Zusammenhang stehen, den die Gewerkschaft selber konstatiert; so die Metallgewerkschaft in einem Kommentar über ein FIAT-Abkommen: „Es besteht kein Zweifel, daß das Unternehmertum eine langfristige Operation versucht: die Einbindung der Gewerkschaft in die Verwaltung der Krise und Restrukturierung. Es ist der Versuch, die Arbeiterklasse den Entscheidungen des großen Kapitals zu unterwerfen und sie in eine betriebsegoistische Logik einzusperren.“ (14) In der Tat versucht das Kapital, die Kontrollvorstellungen der Gewerkschaft in Mitverantwortungskonzepte umzuinterpretieren und umzubiegen – und diese Interpretation taucht auch in der entsprechenden Presse auf – und damit die Gewerkschaft in eine partnerschaftliche Logik zu drängen und sie dergestalt zu einem Ordnungsfaktor in den Betrieben zu machen. Aber diese neuen strategischen Absichten – anstelle etwa der Zerstörung der Gewerkschaftsorganisation – spiegeln auch die Stärke der Arbeiterbewegung wieder, die in der Krise verhindern kann, daß in vielen Großbetrieben – vor allem in dem Automobilkonzern FIAT – Massenentlassungen stattfinden können. So enthält das Abkommen zwischen den Gewerkschaften und der Konzernleitung von FIAT, daß für das gesamte Jahr 1975 das Beschäftigungsniveau aufrechterhalten werden muß, daß zunächst erst einmal Überstunden abgebaut werden, ehe zur Kurzarbeit übergegangen werden kann, daß Veränderungen der Arbeitsorganisation und Umsetzungen von der Gewerkschaft genehmigt werden müssen, was bedeutet, daß sie in den Betrieben von den betroffenen Arbeitergruppen geprüft werden können. Denn für die Gewerkschaft wesentlich dabei ist die Erhaltung ihrer demokratischen Grundorganisation des Delegiertensystems. Um die entsprechenden Entscheidungen treffen zu können, muß die Gewerkschaft über die entsprechenden Produktionsdaten verfügen können. Doch der zentrale Punkt ist zweifellos die Blockierung von Entlassungen und von Umsetzungen, eine Regelung, die in ihren Ergebnissen Ausdruck einer erheblichen Machtentfaltung der Gewerkschaft im Betrieb ist.

Nach weiteren betrieblichen Kämpfen bei FIAT gelang es der Gewerkschaft im Juni 1975 sogar, für die Karosserie-Werkstätten bei Mirafiori in Turin ein noch weitergehendes Abkommen abzuschließen. In diesem Abkommen werden die genauen Produktionszahlen festgehalten. Eingehalten werden können sie nach dem Abkommen allerdings nur, wenn die Zahl der Arbeitskräfte erhöht wird. Der Betrieb ist verpflichtet, den einzelnen Abteilungs- und Werkstattdelegierten die entsprechenden Produktionszahlen zu vermitteln, und dieser legt zusammen mit der betroffenen Arbeitergruppe die Zahl der Arbeitskräfte fest, wobei auch die durchschnittlichen Absentimus-Zahlen mitberücksichtigt werden. (15) Alle Arbeiter, die versetzt worden sind, sollen an ihren alten Arbeitsplatz zurückkehren

14) Siehe „FIAT – un accordo di frontiera“, in: I Consigli, Nr. 9, Dez. 1974, S. 4.
15) Unita, 24.6.1975, „Alla Carozzeria Mirafiori accordo per l'Occupazione“, S. 4.

können; und anschließend soll die Möglichkeit geprüft werden, wieweit Neueinstellungen realisiert werden können, die seit 3 Jahren (!) blockiert waren. Außerdem sind noch Höherstufungen – vor allem der Springer – vorgesehen. (Das Abkommen ist nach dem großen Wahlerfolg der Parteien der Arbeiterbewegung am 15. Juni 1975 abgeschlossen worden). Aus dem Abkommen wird auch deutlich, daß die Gewerkschaft in ihrer Mehrheit entschlossen ist, die erkämpften Kontrollrechte offensiv im Interesse der Lohnabhängigen anzuwenden und sich nicht in die partnerschaftliche Logik der Mitverantwortung bei der Verwaltung der Krise drängen zu lassen, die Kontrollrechte in betriebssegoistischer Logik etwa gegen Teile der Arbeiter einzusetzen und sich an die Rationalität der Unternehmen binden zu lassen.

Mit den erwähnten Abkommen wird das Problem der Arbeitslosigkeit in der Tat bereits im Sinne einer offensiven Lösung angegangen, so wie die Gewerkschaften es sich im strategischen Gesamtzusammenhang auch gestellt haben. Schon im Herbst 1974 umfaßte die Forderungsplattform der Gewerkschaftsbünde folgende Problemkomplexe: Investitionen und Beschäftigung; Preise und Tarife; Verteidigung der niedrigsten Einkommen. Vor allem der Problemkomplex von Investitionen und Beschäftigung nimmt augenblicklich einen zentralen Platz in der Diskussion und Aktion der Gewerkschaften ein, wobei der wesentliche Ausgangspunkt zur Verhandlung von Produktionsprogrammen die Schaffung von Arbeitsplätzen ist. Dabei ist noch wichtig festzuhalten, daß, wenn die Gewerkschaft Investitions- und Produktionsprogramme zur Erstellung von Arbeitsplätzen zur Verhandlung stellt, sie dabei grundsätzlich auch die gesamten Implikationen der stofflichen Seite der Produktion, der Produktionstechnik, der Organisation der Arbeit und der Lohnbedingungen verhandelt; sie folgt damit ihrer strategischen Konzeption, daß die Arbeiterklasse im Prozeß der Klassenauseinandersetzungen alle Momente des Produktions- und Arbeitsprozesses nach ihren Vorstellungen der Form der Vergesellschaftung verändert, daß im Prozeß der Klassenkämpfe Momente des Sozialismus entwickelt werden müssen; und das natürlich nicht im Sinne eines illusorischen Bewußtseins, sozialistische Inseln im kapitalistischen Meer schaffen zu können, sondern im Sinne dessen, daß sich die hegemoniale Überlegenheit der Arbeiterklasse, den Gesellschaftsprozess im Sinne der überwiegenden Mehrheit bestimmen zu können, in ihren Fähigkeiten erweist, auf breiter Basis den Konzepten der herrschenden Klasse Alternativkonzepte in allen Einzelheiten entgegengesetzt. (16)

- 16) Und das ist nicht etwa ein Minderheitskonzept innerhalb der italienischen Arbeiterbewegung, vertreten von einer Gruppe, sondern das offizielle Konzept des PCI; so spricht Berlinguer von der „progressiven Einführung von Elementen des Sozialismus in das gesellschaftliche, staatliche, politische und moralische Leben mittels der demokratischen Methode . . .“, in: *Unita*, 13.7.1975, „Il discorso del compagno Berlinguer“, S. 15.

9.

Ein wichtiges Moment der Klassenkämpfe der letzten Jahre unter den Bedingungen der Krise ist die Ausweitung der Kämpfe über den Produktionsbereich hinaus in soziale Auseinandersetzungen, die großenteils, wenn auch mit Vorbehalten in einigen Fraktionen, von der Gewerkschaft mitunterstützt wurden. In diesen Zusammenhang gehört die Bewegung zur Selbstreduktion der verschiedenen Tarife für Strom, Gas, Wasser etc. als Antwort auf die steigenden Lebenshaltungskosten. Zu dem Zweck mußten Organisationen an den Wohnplätzen und in den Stadtvierteln entstehen. Daß dieser Plan in vielen Stellen gelang, lag im wesentlichen daran, daß diese Wohnorganisationen im Zusammenhang mit der schon entwickelten betrieblichen Macht der Arbeiter entstanden. Nicht zufällig konnten sich diese Formen des Widerstands vor allem in den großen Industriestädten und dort vor allem in den Arbeitervierteln entfalten. Das wichtige Moment daran aber ist zweifellos, daß die Arbeitslosen und alle die, die nicht im Produktionsprozeß integriert sind – und das ist angesichts des geringen Anteils der Arbeitsbevölkerung in Italien außerordentlich wichtig – sich so organisiert an den Kämpfen beteiligen können.

Angesichts des Stands der Klassenauseinandersetzungen in Italien und dem Ausmaß der Krise des italienischen Kapitals, dessen Akkumulationsprozeß nie hinreichte, die vorhandenen Produktionspotenzen des Landes zu mobilisieren, werden die Schwierigkeiten der offensiven Gewerkschaftspolitik deutlich, obwohl sie andererseits in die strategische Linie durchaus einbezogen sind. Auf eine kurze und schematische Formel gebracht: Das Kapital ist nicht stark genug, ihre Bedingungen durchzusetzen. Auf der Ebene dieses Widerspruchs aber finden die Klassenkämpfe in Italien seit einigen Jahren statt. Doch die Gratwanderung, die die italienische Arbeiterbewegung vollziehen muß, um unter den Bedingungen der permanenten Konfrontation in ihren Zielen vorwärtskommen oder auch nur die entwickelten Machtpositionen zu halten und nicht wieder um Jahre zurückgeworfen zu werden, wird zunehmend schwieriger werden. Da die Krise nicht mehr ihre Funktion, durch Entwertung und Vernichtung von Kapital und Unterwerfung der Arbeiterklasse verbesserte Bedingungen für die Profitproduktion zu schaffen, erfüllt, ist zweifellos mit einer langandauernden Krise zu rechnen. Dementsprechend setzen sich die Gewerkschaften das Ziel „eine andere Strategie für den Ausgang der Krise vorzuschlagen, die auf den Plan der Produktionsveränderung gegründet und an die Umwandlung und Industrialisierung der Landwirtschaft gebunden ist,“ wie es auf der zentralen Delegiertenkonferenz der Metallarbeiter formuliert worden ist.

Aus den Widersprüchen des so weit entwickelten Stands der Klassenbewegung ist auch die konkrete Auseinandersetzung innerhalb der Arbeiterbewegung zu verstehen, auf die hier nicht eingegangen werden konnte. Im wesentlichen sind es Auseinandersetzungen, die sich einerseits um den immer wieder torpedierten Einheitsprozeß der Gewerkschaften drehen und den Fortschritt der Gewerkschaftsbewegung immer wieder von neuem durch Spaltungsversuche zu behindern versuchen; und die andererseits um die strategische Formel des „historischen Kompromisses“ gehen, wie sie seitens der Führung der PCI aufgestellt worden ist.

Auf die Bedeutung dieser Formel kann hier nicht eingegangen werden, da dazu eine Analyse der Strategie der PCI notwendig wäre. Nur eines ist zum Verhältnis der verschiedenen Organisationen der Arbeiterbewegung hervorzuheben: Weder die PCI noch irgendeine andere Partei stellt eine monolithische Organisation dar. Dadurch ist es vor allem der PCI gelungen, die Vielfalt der in der Entwicklung der Arbeiterbewegung stets konkurrenzhaft gegeneinander angetretenen Fraktionen und Gruppierungen in der Auseinandersetzung entweder in der Partei aufzuheben und ihnen dort auch eine Ausdrucks- und Einflußmöglichkeit zu geben und zwar mit der ausdrücklichen Aufforderung und dem ausdrücklichen Selbstverständnis als einer Organisation, die ihre Kontroversen öffentlich in einer produktiven Diskussion austrägt und durch die permanenten öffentlichen Auseinandersetzungen über strategische und taktische Vorstellungen und Konzepte zur Qualifizierung der Klassenbewegung beiträgt. Auf diese Weise sind sowohl revolutionäre wie reformistische Tendenzen innerhalb der PCI aufgehoben. Und wo die Positionen und Vorstellungen nicht innerhalb der PCI aufgehoben sein können – im wesentlichen PSI, Manifesto, Pdup und die katholische Arbeiterbewegung –, da gibt es zwar heftige, aber letztendlich solidarische Auseinandersetzungen um die effektiven und vorantreibenden strategischen Maßnahmen der Arbeiterbewegung. Festzuhalten bleibt: daß der Mangel an Sektierertum eine entscheidende Stärke der italienischen Klassenbewegung darstellt und ihrer Spaltung eine entscheidende Schranke entgegengesetzt; seine Wurzeln hat er in dem breiten demokratischen Selbstverständnis der Arbeiterbewegung, für die es eine begriffliche Trennung von Demokratisierung und Sozialismus nicht gibt; das Schaffen sozialistischer Momente im Fortgang der Klassenauseinandersetzungen ist identisch mit einer breiten Demokratisierung des gesamten Willensbildungsprozesse. Und das ist der wesentliche Eckstein der Unumkehrbarkeit der Entwicklung der italienischen Arbeiterbewegung.

